NACHRICHTEN AG

14. Mai 2025

Bildung unter Druck: Flexibilisierung gefordert für bessere Schulabschlüsse!

Der Aktionsrat Bildung fordert zum 14.05.2025 Flexibilisierung der Bildungsphasen in Bayern, um Kernkompetenzen zu sichern.

Berlin, Deutschland - Der Aktionsrat Bildung hat heute dringende Forderungen zur Sicherstellung von Mindestkompetenzen in deutschen Schulen formuliert. Ziel ist es, dass Jugendliche am Ende ihrer Schulzeit befähigt sind, gut lesen, schreiben und rechnen zu können. In diesem Kontext wird eine Flexibilisierung der Bildungsphasen gefordert, insbesondere beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Wolfram Hatz, hebt die Bedeutung der Flexibilität von Lernzeiten hervor und schlägt vor, die flexible Eingangsphase in der ersten und zweiten Klasse auf die gesamte Grundschulzeit auszudehnen.

Ein zentraler Vorschlag sieht vor, dass Kinder der ersten und zweiten Jahrgangsstufe gemischt unterrichtet werden und unterschiedlich lange in der Eingangsphase bleiben können. Zudem sollten Kinder in begründeten Einzelfällen die Möglichkeit haben, länger in der Grundschule zu verbleiben, bevor sie an eine weiterführende Schule wechseln. Dieses Konzept könnte helfen, die Abnahme der Schulleistungen in Deutschland zu adressieren, die auf veränderte Schülerschaften sowie unzureichende Förderung von Kernkompetenzen zurückgeführt wird. Laut dem Aktionsrat ist der Unterricht oft nicht an unterschiedliche Lernausgangslagen angepasst.

Die Qualität des Bildungssystems

Der Abfall der Leistungsstandards, insbesondere beim Abitur, sowie die mangelnde Vergleichbarkeit von Abschlüssen sind ebenfalls Gegenstand der Kritik. Aktuellen Statistiken zufolge erreichen etwa 15 Prozent der Neuntklässler im Lesen nicht den Mindeststandard für den ersten Schulabschluss, und mehr als sechs Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Dies zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Der Aktionsrat verlangt deshalb verbindliche Qualitätsstandards und die Erhebung von handfesten Daten, um die Eigenverantwortung von Jugendlichen, Eltern und Lehrern zu stärken.

Im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen hat die Bundesregierung ein umfassendes Bildungsprojekt ins Leben gerufen, das als *Startchancenprogramm* bekannt ist. Ziel ist es, rund 4.000 Brennpunktschulen in Deutschland innerhalb der nächsten zehn Jahre mit 20 Milliarden Euro zu fördern. Die Schulen können diese Mittel eigenverantwortlich für Lernmaterial, zusätzliches Personal oder Schul-Ausstattung einsetzen. Allerdings gibt es bereits kritische Stimmen zur Höhe des Budgets und der Verteilung unter den Ländern.

Das Programm umfasst drei Hauptsäulen: 40 Prozent der Mittel fließen in lernförderliche Infrastruktur, 30 Prozent in

bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung und weitere 30 Prozent in die Schaffung multiprofessioneller Teams. Mit diesen Initiativen wird angestrebt, die Kernkompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen zu verbessern und die Zahl der Schüler, die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen, um 50 Prozent zu reduzieren.

Bildungsbenachteiligung und Herausforderungen

Trotz dieser Fortschritte bleibt Bildungsungleichheit ein zentrales Problem. Der Bildungserfolg ist stark vom Elternhaus abhängig, und der Fachkräftemangel stellt eine zusätzliche Herausforderung für die Umsetzung der Programme dar. Während Kritik an der Wirksamkeit von Schulbau zur Bekämpfung von Bildungsbenachteiligung geübt wird, betont Bildungswissenschaftler Benjamin Edelstein, dass Geld allein nicht die Lösung für Bildungsarmut darstellt.

Um die Entwicklungen besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte des deutschen Bildungssystems. Die Einführung der Schulpflicht begann bereits 1763 in Preußen. Über die Jahrhunderte hinweg entwickelte sich ein Bildungssystem, das stark von kulturellen und sozioökonomischen Prozessen geprägt wurde. Bis zur Wiedervereinigung blieb das System in Westdeutschland weitestgehend elitär, wobei der Zugang zu höheren Schulen oft an soziale Schichten gebunden war. Seit den letzten Jahrzehnten gibt es anhaltende bildungspolitische Debatten über Modernitätsrückstand und notwendige Reformen, da das Bildungssystem in Deutschland föderal strukturiert ist und keinheitliche Regelungen fehlen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass trotz der Einführung neuer Programme und Forderungen ein langfristiger Reformbedarf im deutschen Bildungssystem besteht. Um die Herausforderungen von heute zu meistern, müssen strukturelle

Veränderungen und eine Umstellung in der Denkweise über Lernprozesse stattfinden. Nur so kann die Bildungsqualität verbessert und die Chancen für alle Schüler in Deutschland erhöht werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.pnp.de • www.das-parlament.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de